@bayernspd

www.bayern@spd.de

BAYERN

Informationen aus dem SPD-Landesverband Bayern • Ausgabe 02/2026

Warum wir diesen Weg gegangen sind. Und wohin wir jetzt wollen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

viele von Euch schreiben uns in diesen Tagen: Warum hat die SPD einem Gesetz zugestimmt, das auch schmerzhafte Einschnitte enthält? Und wird das im Herbst bei Rente, Arbeitsmarkt, Informationsfreiheitsgesetz und weiteren Reformen genauso weitergehen? Diese Fragen sind berechtigt. Und wir wollen ihnen nicht ausweichen.

Machen wir uns nichts vor: Auch bei uns haben die Beschlüsse der vergangenen Wochen für Unbehagen gesorgt. Aber wer diese Entscheidungen verstehen will, muss auch die politische Lage in den Blick nehmen, in der sie entstanden sind. Deshalb sind uns drei Punkte wichtig.

Erstens: Wir müssen ehrlich sagen, was diese Reformen leisten und wo ihre Grenzen liegen.

Das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz ist dafür ein gutes Beispiel. Sein Ziel ist es, die Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung zu stabilisieren. Für Millionen Menschen wirkt sich das direkt im Geldbeutel aus. Wir haben durchgesetzt, dass sich der Bund künftig stärker an den Gesundheitskosten der Bürgergeldbeziehenden beteiligt. Dafür kämpfen wir seit Jahren. Dank uns tragen den größten Teil der Einsparungen nicht mehr die Versicherten, sondern Kliniken, Praxen und die Pharmaindustrie.

Ronja Endres und Sebastian Roloff, MdB

Genauso offen sprechen wir über das, was wir für falsch halten: Höhere Zuzahlungen, geringere Zuschüsse beim Zahnersatz, Einschnitte bei der Familienversicherung und bei der Finanzierung tariflicher Pflegevergütung dürfen wir nicht schönreden.

Das GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz soll die Beiträge stabilisieren. Eine grundlegende Reform unseres Gesundheitssystems kann es nicht ersetzen. Es verschafft Zeit für die notwendigen Reformen. Die Zustimmung im Bundestag war deshalb kein Blankoscheck. Wir messen jedes Reformpaket daran, ob es das Leben der Menschen verbessert. Wo das nicht gelingt, widersprechen wir. Genau deshalb ist die Entscheidung vom Juli kein Präzedenzfall für den Herbst. Von der Bundesebene erwarten wir jetzt Antworten, wie die SPD wieder stärker die Kraft, die politische Richtung vorgibt.

Zweitens: Wir müssen die politische Ausgangslage ehrlich benennen.

Die politischen Mehrheiten sind schwieriger geworden. Progressive Politik lässt sich heute nicht mehr unter den Voraussetzungen früherer Jahre gestalten. Die aktuellen Umfragen zeigen, wie stark die Ränder geworden sind und wie groß die Herausforderungen für die demokratische Mitte inzwischen sind. Gleichzeitig regieren wir mit einer Union, die der deutlich stärkere Koalitionspartner ist und in zentralen Fragen des Sozialstaats andere Antworten gibt als wir. Daraus erwächst eine doppelte Verantwortung: Auf der einen Seite tragen wir Verantwortung für die Stabilität unseres Landes. In einer Zeit, in der die Mitte unter Druck steht und die Ränder stärker werden, können wir eine Regierung nicht leichtfertig scheitern lassen. Die Folgen würden weit über diese Koalition hinausreichen. Auf der anderen Seite dürfen wir gerade deshalb nicht zulassen, dass der Sozialstaat ausgehöhlt wird. Die SPD ist in dieser Koalition die Kraft, die den Sozialstaat gegen erhebliche Widerstände verteidigt. Wir sorgen dafür, dass soziale Sicherheit, gute Arbeit und ein handlungsfähiger Staat am Kabinettstisch eine starke Stimme haben. Gleichzeitig wissen wir:

Dauerhaft reicht es nicht, nur Schlimmeres zu verhindern. Die Menschen erwarten von uns mehr. Sie erwarten eine SPD, die zeigt, wie ein gerech-

weiter auf Seite 3 →

Foto: Jens Hartmann, Susie Knoll

Wirtschaftlicher Erfolg und sozialer Zusammenhalt gehören zusammen.

Foto: Susi Knoll

„Seit Bekanntwerden der Beschlüsse des Koalitionsausschusses laufen die Diskussionen heiß – innerhalb und außerhalb der SPD. Nachdem Reformen lange nur angekündigt wurden, konnten sich die Koalitionsspitzen auf ein Reformpaket verständigen. Das ist unabdingbar nötig! Wir brauchen wirtschaftliche Impulse, Reformen für die Verwaltung und müssen unsere sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest aufstellen. In kürzester Zeit sind drei tragende Säulen des deutschen Wirtschaftswachstums weggebrochen: günstiges Gas aus Russland, die Schutzmacht USA und der Absatzmarkt China. Als Landesgruppe Bayern der SPD-Bundestagsfraktion begrüßen wir alles, was Wachstum, Beschäftigung und Gerechtigkeit voranbringt. Die 34 Punkte des Koalitionsausschusses muss man sich aber genau anschauen, nicht alles lässt sich einem dieser Ziele zuordnen: Ein Erfolg sind die Vorschläge zur Einkommenssteuer. Sie zielen auf Entlastungen von kleinen und mittleren Einkommen bzw. Familien: Grundfreibetrag, Kindergeld und Arbeitnehmerpauschbetrag sollen angehoben werden, dazu wird es ein Abflachen der zweiten Progressionszone und endlich wieder eine Rechtsverschiebung des Spitzensteuersatzes geben. Gegenfinanziert wird das über eine „Reichensteuer“: Es ist klare SPD-Position, dass die, die viel haben, mehr Lasten tragen müssen.

Mit einem Chancenpaket macht die Koalition klar, dass wir junge Menschen ohne Schulabschluss nicht aufgeben, sondern sie gezielt unterstützen. Bessere Berufsberatung im Erwerbsleben, Arbeitsmarktdrehscheiben und Job-to-Job-Qualifizierungen sollen den Zugang zu Arbeit ermöglichen. Neue Arbeitsplätze sollen durch Investitionen in Zukunftstechnologien geschaffen werden. Der Bund soll sich wieder mehr für bezahlbaren Wohnraum einsetzen und den sozialen Wohnungsbau stärken. Die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sollen durch besseren Schutz bei der Mitbestimmung, die Stärkung der Tarifautonomie und mehr Beteiligungsmöglichkeiten gestärkt werden. Das sind Ideen, hinter denen wir als bayerische Landesgruppe stehen und die wir in Berlin lautstark antreiben.

»Der Vorschlag zur Krankmeldung am ersten Tag ist hanebüchen.«

Dr. Carolin Wagner, MdB (Regensburg)
Vorsitzende der SPD-Landesgruppe Bayern

Es gibt aber Dinge, die auf den Prüfstand gehören: Der Vorschlag zur Krankmeldung am ersten Tag ist hanebüchen. Die Verlängerung der sachgrundlosen Befristung ist schwierig für uns, hier braucht es Planungssicherheit für die Beschäftigten, insbesondere Berufseinsteiger. Die anvisierten Veränderungen beim Informationsfreiheitsgesetz werden wir sorgsam begleiten, denn wir wollen das Transparenzniveau und die Auskunftsansprüche wahren.

Uns allen ist klar: Es wird angesichts der Mehrheiten in Berlin nicht gelingen, die reine Lehre der Sozialdemokratie durchzusetzen. Aber viele Vorschläge aus dem Koalitionsausschuss tragen unsere Handschrift. Bei kritischen Punkten werden wir bis zum letzten verhandeln! Es braucht Reformen, um das Land nach vorne zu bringen. Das Papier des Koalitionsausschusses enthält dazu Vorschläge und Skizzen. Nichts davon ist beschlossen. Dafür braucht es ordentliche Beratungen im Bundestag. Wir werden dabei deutlich machen: Wirtschaftlicher Erfolg und sozialer Zusammenhalt gehören zusammen.“ ◆

carolinwagner.bayern | spd-landesgruppe-bayern.de

MACHT MIT BEI DER SGK BAYERN

Die SGK Bayern e.V. ist das Unterstützungsnetzwerk für alle engagierten Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, die sich der Sozialdemokratie und ihren Werten verpflichtet fühlen. Die „Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Bayern e.V.“ ist auch Dienstleister für ihre Mitglieder von Rechtsfragen bis zu Muster-Anträgen, Beratung und Unterstützung in Wahlkämpfen. Alle Stadt- und Gemeinderäte bzw. Fraktionen sollten Mitglied sein! Mehr unter bayernsgk.de

Fortsetzung Seite 1

teres, bezahlbareres und zukunftsfähiges Deutschland aussehen kann.

Drittens: Wir brauchen wieder einen eigenen sozialdemokratischen Entwurf.

Es reicht nicht, den Sozialstaat zu verteidigen. Wir müssen zeigen, wie wir ihn weiterentwickeln wollen. Unser Anspruch ist ein Staat, auf den sich die Menschen wieder verlassen können. Einer, der für gute Arbeit sorgt, bezahlbares Wohnen ermöglicht, konsequent in die Zukunft investiert und dafür sorgt, dass Krankheit oder Pflegebedürftigkeit niemanden finanziell überfordern.

Dafür brauchen wir Investitionen in Wirtschaft, Infrastruktur und Bildung. Dafür müssen wir die Schuldenbremse reformieren. Und dafür müssen sehr hohe Vermögen und Einkommen stärker zum Gemeinwohl beitragen. Wir brauchen aber auch einen Reformbegriff, der wieder sozialdemokratisch ist. Reformen dürfen nicht bedeuten, den Sozialstaat kleiner zu machen. Reformen müssen ihn stärker, verlässlicher und zukunftsfest machen.

Ja, diese Monate verlangen uns viel ab. Sozialdemokratin oder Sozialdemokrat zu sein, ist gerade nicht einfach. Aber in solchen Zeiten entscheidet sich, wofür unsere Partei steht.

Lasst uns Erfolge anerkennen, Fehlentwicklungen klar benennen und selbstbewusst für unsere eigenen Ideen einstehen. Unser Anspruch ist größer, als nur Schlimmeres zu verhindern. Wir wollen unser Land gerechter, moderner und verlässlicher machen. Dafür lohnt es sich, gemeinsam zu kämpfen.

Solidarische Grüße

Ronja & Sebastian

Foto: SPD-Landtagsfraktion

SPD-Landtagsfraktion: Sicherheit, Bildung, Gerechtigkeit und Europa-Preis an Nawalnaja

Für Freiheit und Demokratie hat Julia Nawalnaja einen hohen persönlichen Preis bezahlt. Mit dem Europapreis hat die SPD-Fraktion ihren mutigen Einsatz gegen das autoritäre Regime in Russland gewürdigt. Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Wir dürfen nicht wegsehen, wenn demokratische Rechte unter Druck geraten: v.l. Holger Grießhammer, Julia Nawalnaja und Laudatorin Dr. Katarina Barley

Liebe Genossinnen und Genossen,

in den vergangenen Wochen ging es im Bayerischen Landtag um Themen, die unseren Alltag direkt betreffen: um Sicherheit, gute Bildung und die Frage, wie gerecht es in Bayern zugeht.

Sicherheit ist keine Selbstverständlichkeit. Sie braucht Menschen, die Verantwortung übernehmen: bei Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst, THW, Bergwacht und vielen weiteren Organisationen. Sie sind rund um die Uhr bereit, wenn andere Hilfe brauchen. Dafür verdienen sie nicht nur unseren Respekt, sondern auch gute Arbeitsbedingungen, moderne Ausstattung und eine verlässliche politische Unterstützung. Wir wollen deshalb die Blaulichtorganisationen und unsere Sicherheitsbehörden gezielt stärken, Ausbildungsstätten modernisieren und dafür sorgen, dass diejenigen, die für uns da sind, ihre wichtige Arbeit auch unter guten Bedingungen leisten können.

Genauso wichtig ist eine gute Bildung von Anfang an. Bildung beginnt nicht erst mit dem ersten Schultag, sondern bereits in der Kita. Dort lernen Kinder miteinander zu leben, ihre Fähigkeiten zu entdecken und sich selbstbewusst zu entwickeln. Gute Kitas sind deshalb ein zentraler Baustein für mehr Chancengleichheit. Doch statt Familien und Beschäftigte wirksam zu entlasten, verschiebt die Staatsregierung notwendige Verbesserungen immer wieder. Das reicht nicht. Wir brauchen mehr Fachkräfte, bessere Rahmenbedingungen und eine verlässliche Finanzierung. Eltern dürfen nicht die Rechnung für politische Versäumnisse bezahlen.

Auch bei der Steuerpolitik geht es um Gerechtigkeit. Wenn öffentliche Haushalte unter Druck stehen und überall über Einsparungen diskutiert wird, darf nicht ausgerechnet bei den größten Vermögen großzügig auf Einnahmen verzichtet werden. Wer sehr viel erbt, kann auch einen angemessenen Beitrag für unser Gemeinwesen leisten. Starke Schultern können und müssen mehr tragen. Das ist kein Gegensatz zu wirtschaftlichem Erfolg, sondern eine Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Für uns als SPD-Landtagsfraktion gehören diese Themen zusammen: Sicherheit, gute Bildung und soziale Gerechtigkeit. Wir wollen ein Bayern, das seine Beschäftigten unterstützt, Familien entlastet und Verantwortung fair verteilt. Dafür setzen wir uns ein – im Landtag und vor Ort. ◆

Euer
Holger Grießhammer, MdL

Vorsitzender der
SPD-Landtagsfraktion
bayernspd-landtag.de

53 km und #TeamEva

Das machte Eva Reichstadt zur Oberbürgermeisterin.

#TeamEva als Erfolgsgarant: Neben dem Ortsverein, der sich mit Veranstaltungen und Engagement schon Jahre vor der Wahl als eingeschworenes Team präsentierte, war auch die Großfamilie Teil des Erfolgs-Teams: Der Schwiegervater war ihr Wahlkampfleiter, ihre Mutter kandidierte zur Unterstützung auf der Stadtratsliste und ihr Mann hielt ihr in der Familie den Rücken frei. Das Foto auf den 11.000 Wahlkampfflyern bekam jeder Haushalt in den Briefkasten – natürlich verteilt vom Ortsverein selbst!

Foto: Eva Reichstadt

Als Zugezogene erst fünf Jahre vor Ort, jung, weiblich, Mutter, ohne kommunales Amt, dazu ein eher unauffälliger, nicht auf Hochglanz polierter Auftritt in den Sozialen Medien, keine Werbeagentur an der Seite und Werbematerialien von der SPD-Stange, nämlich aus dem SPD-Shop. Und trotzdem ein überzeugender Sieg gegen zwei Mitbewerber bereits im ersten Wahlgang (der CSUler trat schon bei der letzten Wahl an und unterlag dem Amtsinhaber nur denkbar knapp – war also eindeutiger Favorit). Wie hat Eva Reichstadt das geschafft?

Weißenburg ist keine SPD-Diaspora, der amtierende OB ein Sozialdemokrat vom alten Schlage. Und doch: Das Ergebnis hat alle überrascht. Weil Eva alle überraschte. Mit Authentizität und mit einem starken Team im Ortsverein, dem man das Wort Team auch abkaufte in der Stadt. Weil der Begriff nicht zur Wahl ausgepackt und als Etikett angeklebt wurde, sondern seit Jahren mit Leben gefüllt wird. Und mit einem starken Team zuhause: Die Großfamilie lebt in einem Mehr-Generationen-Haus (was natürlich Gesprächsstoff ist) und alle zogen mit bei der Kandidatur – das Foto im Wahlkampfflyer machte das deutlich.

Team-Play trifft Ausdauersport

Zurück zur Authentizität. Wer sich verbiegt, um zu gefallen, wer im Wahlkampf eine Maske aufsetzt und plötzlich jemand anderes sein will, der kommt nicht weit. Das merken die Menschen. So gesehen hat Eva mit ihrem Wahlkampf-Auftakt alles richtig gemacht. Auffällige Radio- und Zeitungsberichte inklusive. Eva ist sehr sportlich, sie joggt. Unter anderem. Hier das Team, da die zähe Ausdauersportlerin. Politik als Marathon. Fleiß. Kraft. Ausdauer. Was man so alles assoziieren kann, wenn eine OB-Kandidatin 53 Kilometer um Weißenburg joggt, von Stadtteil zu Stadtteil (16!) – und das an einem Tag! Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort inklusive. Das hat nicht nur Eindruck hinterlassen, sondern sie schlagartig bekannt gemacht.

Mit diesem Pfund im Gepäck ging es auf den nächsten Marathon: Stadtteilfeste, Vereinsfeste, Bürgerfeste, sie hat sie wirklich alle monatelang besucht. Neben der Arbeit und ohne diese zu reduzieren. Mit eiserner Disziplin und Durchhaltevermögen. Wie bei den 53 km zuvor. Aber immer mit dem #TeamEva an der Seite. „Wir saßen nicht steif an einem Tisch, da die Sozis und die anderen nebenan. Sondern wir haben uns an verschiedene Tische verteilt und ich bin immer auch durch die Reihen gegangen und habe mich aktiv vorgestellt.“ Das ist doch die, die um Weißenburg gejoggt ist, an einem Tag! Ein schöner Türöffner für viele Gespräche.

Foren als Gesprächsangebot

Viele Gespräche führte sie auch auf ihren kommunalpolitischen Foren. So etwas gab es bislang in Weißenburg nicht. Dass man als Bürger einfach mitreden konnte zu aktuellen Themen. Dass da eine Kandidatin nicht von der Kanzel aus doziert, sondern nahbar auf Augenhöhe ehrliches Interesse zeigt. Auch das ein Baustein für den Erfolg im März.

Eva ist studierte Wirtschaftspsychologin, arbeitete jahrelang in großen Unternehmen. Und sie setzte dieses Wissen auch im Wahlkampf ein. Kein noch so kleiner Termin, der vorab nicht genau durchdacht wurde. Wo der Mitbewerber unvorbereitet oder floskelhaft unterwegs war, war sie stets sprachfähig und das immer passend zur jeweiligen Zielgruppe. Dabei immer authentisch. Das erforderte viel Arbeit und Fleiß. Aber das Ergebnis spricht für sich. ◆

Ein ausführliches Interview mit Eva rund um ihre Person, ihren Werdegang in der Partei, den Wahlkampf vor Ort und warum sie auf die Plakate „Meine Oberbürgermeisterin“ hat drucken lassen, gibt es auf bayernspd.de

Impressum
Herausgeber: SPD Landesverband Bayern
Verantwortlich: Dr. Anja Blanke
Oberanger 38, 80331 München
Tel.: 089 231711-0
Kontakt: vorwaerts@bayernspd.de
Redaktion: Marco Schneider
Layout: Sara Hoffmann-Cumani, Brigitte Voit